



Fachtag 18.11.2021

Mit Menschenrechten gegen Arbeitsausbeutung

Herausforderungen und Möglichkeiten

18. November 2021

14.00 – 17.00 Uhr

Hochschule Hannover

Fakultät V – Abteilung Soziale Arbeit

Zugang via Zoom

<https://us02web.zoom.us/j/85684389638?pwd=VlVLUWl1dThwUUhUWGlacllvSkE0dz09>

Meeting-ID: 856 8438 9638 Kenncode: 946492

Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel finden in Deutschland tagtäglich weitgehend unbemerkt von der Gesellschaft statt. Für ausbeuterische Arbeitgeber*innen ist das Risiko gering dabei entdeckt und bestraft zu werden. Den Preis zahlen die ausgebeuteten Beschäftigten.

Die Betroffenen sind jedoch nicht nur Opfer einer Straftat, sondern auch Inhaber*innen besonderer Rechte. Deutschland hat sich auf verschiedenen Ebenen (UN, ILO, EU und Europarat) menschenrechtlich dazu verpflichtet, Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit strafrechtlich zu ahnden und Betroffene zu identifizieren sowie ihnen besonderen Schutz zukommen zu lassen.

Dieser Schutz gilt allen Betroffenen von Menschenhandel - unabhängig von einer Aussagebereitschaft als Zeug*innen vor Gericht. Dazu gehören neben der adäquaten Unterbringung, der Sicherung des Aufenthaltsstatus und des Existenzminimums auch die Gewährung der sogenannten Stabilisierungs- und Bedenkfrist. Migrant*innen sind in besonderer Weise von Arbeitsausbeutung betroffen und besonders vulnerabel. Die Umsetzung ihrer Aufenthalts- und Sozialrechte gestaltet sich in der Praxis oft als sehr schwierig.

Die EU - Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels ist in Deutschland nicht vollständig umgesetzt. Die Straftatbestände Menschenhandel, Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung (§§ 232 ff.) führen seit ihrer Neuformulierung im Jahr 2016 im deutschen Strafrecht ein Schattendasein. Auch die „Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings – GRETA“ des Europarates, die für das Monitoring der Europaratskonvention aus dem Jahr 2005 zuständig ist, mahnt dringend verstärkte Anstrengungen Deutschlands an. Es fehlt u. a. die Einrichtung einer nationalen, unabhängigen Berichterstattungsstelle, die belastbare Zahlen generieren könnte. Finanzielle Mittel für Beratungsstellen fallen oft knapp aus und sind in der Regel an kurzfristige und oft ungesicherte Projekte gebunden.

Neben den Strafverfolgungsbehörden und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) der Zollbehörden sind die sozialen Hilfesysteme besonders in der Verantwortung. Die Beratungsstellen nehmen eine entscheidende Rolle bei der Identifizierung, Beratung, Betreuung und Begleitung von Betroffenen von Arbeitsausbeutung ein.

Im Fokus der Fachtagung steht die besondere Bedeutung und Perspektive zivilgesellschaftlicher Akteur*innen mit u.a. folgenden Fragestellungen:

- Wie setzt Deutschland seine menschenrechtlichen Pflichten in Bezug auf Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung um?
- Wo sind die Hürden und Stolpersteine bei der Umsetzung der Rechte der Betroffenen?
- Wie und unter welchen Bedingungen kann eine menschenrechtsbasierte Bekämpfung und Prävention zum Schutz vor Ausbeutung bis hin zu Zwangsarbeit in Deutschland gelingen?



Fachtag 18.11.2021

Mit Menschenrechten gegen Arbeitsausbeutung

Herausforderungen und Möglichkeiten

Ablauf

- 14.00 – 14.10 Uhr **Eröffnung**
Prof. Dr. Ing. Martin Grothjahn, Vizepräsident der Hochschule Hannover
Dr. Philipp Schwertmann, ARBEIT UND LEBEN Berlin-Brandenburg DGB/VHS e.V., FB Migration und Gute Arbeit
- 14.10 – 14.30 Uhr **Vortrag** Was kennzeichnet einen menschenrechtsbasierten Ansatz gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit?
Dr. Bärbel Heide Uhl, Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR)
- 14.30 – 14.50 Uhr **Vortrag** Einblicke in ein Dunkelfeld – Die Bekämpfung von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung aus menschenrechtlicher Sicht
Prof. Dr. Karin Lenhart-Roth, Hochschule Hannover
- 14.50 – 15.15 Uhr **Diskussion** Stand der Umsetzung der menschenrechtlichen Pflichten beim Einsatz gegen Zwangsarbeit in Deutschland
Moderation: Kordula Heineck, Servicestelle gegen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel
- 15.15 – 15.30 Uhr **Kaffeepause**
- 15.30 – 16.20 Uhr **Input** Stärkung der Betroffenen und ihrer Rechte
1) Unterstützungsstrukturen in Deutschland
Sophia Wirsching, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK e. V.)
2) Zugang zu Betroffenenrechten
Dr. Katarzyna Zentner, Fachberaterin Arbeit und Leben Niedersachsen, Beratungsstelle für mobile Beschäftigte
3) Stärkung der Arbeitsrechte durch Gewerkschaften
Ruxandra Empen, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Bundesvorstand
4) Das Lieferkettengesetz und seine Bedeutung für Arbeitsbedingungen Deutschland
Miriam Saage-Maaß, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
Moderation: Kim Weidenberg, Servicestelle gegen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel
- 16.20 – 16.45 Uhr **Diskussion** Stärkung der Betroffenen: Möglichkeiten in der Praxis
- 16.45 – 17.00 Uhr **Zusammenfassung und Ausblick**
Prof. Dr. Karin Lenhart-Roth
Kim Weidenberg

Zugangslink

<https://us02web.zoom.us/j/85684389638?pwd=VIVLUWl1dThwUUhUWGlaclIvSkE0dz09>

Meeting-ID: 856 8438 9638 Kenncode: 946492